

Landtagswahl Nordrhein-Westfalen 2022

Folgende acht Fragen wurden den Parteien anlässlich der Landtagswahl Nordrhein-Westfalen mit Bitte um Positionierung und Begründung ihrer Position gestellt. Die Einordnung und Begründungen wurden von den Parteien selbst getroffen.

Frage 1	Unterstützen Sie den Vorschlag des DBfK nach einem Pflegeberufegratifikationsschein (PBGs) zur Kompensation von Belastungen und Anerkennung von Leistungen im Pflegeberuf (u.a. reduzierte Arbeitszeit ab 50. Lebensjahr, Möglichkeit des früheren Renteneintritts)? <i>*Positionspapier zum PBGS liegt bei</i>	Zustimmung? (JA, NEIN, TEILS/TEILS, keine Antwort)
CDU	Entsprechende Regelungen sind bei Bedarf auf Bundesebene zu treffen.	Keine Antwort
SPD	Wir wollen die Arbeitsbelastungen in den pflegenden Berufen reduzieren, um mehr Menschen für diese wichtige Arbeit zu gewinnen. Dazu gehören kürzere, verlässliche und damit familienfreundlichere Arbeitszeiten und eine angemessene Entlohnung, bessere Aufstiegschancen und Möglichkeiten zur Weiterbildung.	Teils-Teils
FDP	Wir haben den Vorschlag eines Pflegeberufegratifikationsscheins bisher nicht politisch erörtert und bewertet. Hinsichtlich der Umsetzung stellen sich aber einige Fragen. So sollen Aspekte des Tarif- und Arbeitsrechts mit sozialrechtlichen Ansprüchen insbesondere in der Rentenversicherung verknüpft werden. Aus unserer Sicht wäre eine Diskussion mit allen von diesen Regelungen betroffenen Beteiligten für eine Bewertung nötig.	Teils-Teils
GRÜNE	Wir finden die Idee des Pflegeberufegratifikationsscheins sehr gut und prüfen die Einzelheiten gerne.	Ja

Frage 2	Planen Sie die Förderung einer bevorzugten Zuteilung von Kita-, Hort- und anderen Betreuungsplätzen für Kinder beruflich Pflegenden, um eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu gewährleisten?	Zustimmung? (JA, NEIN, TEILS/TEILS, keine Antwort)
CDU	Wir haben eine Kita-Platz-Ausbaugarantie gegeben und die Zahl der Kinderbetreuungsplätze deutlich gesteigert. Daran wollen wir weiterarbeiten, um allen Kindern gleichermaßen, die Möglichkeit zu bieten, einen Kita-Platz zu bekommen. Wir wollen pflegende Angehörige unterstützen, z. B. durch „Vorzugsplätze“ in der Kita oder eine Initiative für zusätzliche Kinderbetreuungsmöglichkeiten an Krankenhäusern, Tages- und Pflegeeinrichtungen.	Ja
SPD	Wir wollen einen bedarfsgerechten Ausbau der Kitas, damit alle Kinder - unabhängig vom beruflichen Status der Eltern - einen guten Start ins Leben haben und damit auch einen Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf leisten.	Nein
FDP	Wir wollen Betreuungsplätze weiter ausbauen. Kurzfristig wollen wir die flächendeckende Digitalisierung des Kita-Anmeldeverfahrens vorantreiben. Wir wollen für mehr Flexibilität bei den Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen sorgen und dabei insbesondere die Angebote in den Randzeiten ausbauen. Zudem wollen wir den bedarfsgerechten Ausbau von Kindertagesstätten, in denen Kinder von Eltern, die im Schichtdienst arbeiten, auch über Nacht betreut werden. Weiterhin setzen wir auf den Ausbau betrieblicher Angebote. Wir wollen private und betriebliche Träger gezielt unterstützen. Bürokratische Hürden, die mit der Gründung betrieblicher und betriebsübergreifender Betreuungseinrichtungen verbunden sind, wollen wir abbauen. Einen Eingriff in die Praxis der Träger bei der Zuteilung der Betreuungsplätze halten wir hingegen nicht für sinnvoll.	Nein
GRÜNE	Wir werden die Kinderbetreuung in Randzeiten ausbauen und Projekte fördern, bei denen Kinder in den Randzeiten in ihrem Zuhause betreut werden. Davon profitieren insbesondere Alleinerziehende in Berufen wie der Pflege, die besonders auf eine verlässliche Infrastruktur angewiesen sind, um Familie und Erwerbsarbeit gut vereinbaren zu können.	Teils-Teils

Frage 3	Wird Ihre Partei (neben möglichen bundesgesetzlichen Vorgaben zur Personalbemessung) auch verbindliche Pflegepersonalvorgaben im Krankenhausgesetz und im Wohn- und Teilhabegesetz Nordrhein-Westfalens verankern und deren Einhaltung kontrollieren?	Zustimmung? (JA, NEIN, TEILS/TEILS, keine Antwort)
CDU	Wir setzen uns für die Durchführung von Modellvorhaben zur Erprobung von zukünftigen Personalbemessungsinstrumenten in allen Bereichen der pflegerischen und gesundheitlichen Versorgung ein. Eine Verankerung in Landesgesetzen ist derzeit nicht vorgesehen.	Nein
SPD	Um entsprechende bundesrechtliche Vorgaben umzusetzen ist es notwendig, die dafür vorgesehenen landesrechtlichen Regelungen anzupassen und dafür Sorge zu tragen, dass die zuständigen Institutionen die Umsetzung gesetzlicher Maßnahmen auch kontrollieren.	Ja
FDP	Wir setzen uns für eine bedarfsgerechte Personalbemessung ein. Dabei halten wir aber grundsätzlich bundesweite Regelungen für sinnvoll. Wir wollen zur verbindlichen Personalbemessung im Krankenhaus die Pflegepersonalregelung 2.0. (PPR 2.0) als Übergangsinstrument einführen. Eine Aufnahme im Krankenhausgestaltungsgesetz würde sich bei Vereinbarungen auf Bundesebene erübrigen. In der stationären Langzeitpflege wollen wir den Ausbau der Personalbemessungsverfahren beschleunigen. Dabei werden wir prüfen, inwiefern eine Verankerung im Wohn- und Teilhabegesetz zur verbindlichen Umsetzung angezeigt ist.	Teils-Teils
GRÜNE	-	Ja

Frage 4	Planen Sie zur Gewährleistung einer adäquaten Versorgungsstruktur Pflegefachpersonen mit erweiterten Kompetenzen in der Regelversorgung einzusetzen – z.B. Community Health Nurses, Schulgesundheitspflegende?	Zustimmung? (JA, NEIN, TEILS/TEILS, keine Antwort)
CDU	Wir werden die laufenden Modelle evaluieren und mit den beteiligten Akteuren prüfen, ob und wie eine Umsetzung in die Regelversorgung möglich ist.	Teils-Teils
SPD	<p>Eine Verankerung der Versorgungs- und Beratungsstrukturen in die Regelsysteme muss in den entsprechenden Sozialgesetzbüchern auf Bundesebene erfolgen. Auf Landesebene wollen wir aber z.B. ein Projekt aus unserem Nachbarland Rheinland-Pfalz übernehmen und speziell und fachübergreifend ausgebildete Fachkräfte als „Gemeineschwester“ einsetzen. Die Fachkraft soll die Menschen nach vorheriger Anmeldung zuhause besuchen und individuell beraten. Das neue Angebot soll Beratung zur hauswirtschaftlichen und gesundheitlichen Versorgung, zur Wohnsituation, Möglichkeiten der Mobilität und Pflege von Kontakten umfassen.</p> <p>Dazu soll aber auch die Vermittlung gut erreichbarer Teilhabeangebote wie Seniorentreffen, Veranstaltungen und Bewegungskurse gehören. Wo solche Angebote weniger stark vorhanden sind, sollen die Fachkräfte diese auch anregen. Das schafft einen weiteren Baustein für die Entwicklung gesundheits- und selbstständigkeitsfördernder Angebote in den Kommunen.</p>	Ja
FDP	Wir wollen professionelle Pflege durch heilkundliche Tätigkeiten ergänzen und u. a. das neue Berufsbild der „Community Health Nurse“ schaffen. Entsprechende Versorgungsmodelle können die Regelversorgung sinnvoll ergänzen. So wollen wir in besonders benachteiligten Kommunen und Stadtteilen niedrigschwellige Beratungsangebote (z.B. Gesundheitskioske) für Behandlung und Prävention errichten. Im ländlichen Raum wollen wir Angebote nach dem Vorbild von Gemeineschwester und Gesundheitslotsen ausbauen.	Ja
GRÜNE	Wir geben Kommunen die Möglichkeit, gemeinwohlorientierte, interprofessionelle Gesundheits- und Pflegezentren zu errichten. Das stärkt auch die Zusammenarbeit der verschiedenen Gesundheitsberufe. Wir unterstützen Kommunen dabei, ihre Stadtteile so umzugestalten, dass sich alle Generationen darin wohlfühlen und hier selbstbestimmt leben können. Dazu gehört auch die Versorgungssicherheit, Unterstützung und Beratung für ältere Menschen und Menschen mit Beeinträchtigungen. Zum Beispiel in Quartiersstützpunkten könnten Community Health Nurses mit ihren Kompetenzen sehr hilfreich sein.	Ja

Frage 5	Sehen Sie die neu eingerichtete Pflegekammer als wichtigen Player bei der Gestaltung der zukünftigen Gesundheitsversorgung in NRW?	Zustimmung? (JA, NEIN, TEILS/TEILS, keine Antwort)
CDU	Die Errichtung einer Pflegekammer in Nordrhein-Westfalen wertet die Arbeit aller Pflegenden auf und macht sie zu Verhandlungspartnern auf Augenhöhe im Gesundheitssystem.	Ja
SPD	Der Webfehler der Pflegekammer in NRW – ähnlich wie in Niedersachsen – ist die unzureichende Befragung der lediglich 1.500 Pflegekräfte von insgesamt über 200.000 Pflegekräften. Schon jetzt sind weit mehr Beschwerden und Petitionen gegen die Pflegekammer im Landtag eingegangen als Pflegekräfte damals dazu befragt wurden und abgestimmt hatten. Die aktuell zahlreichen Widersprüche gegen die Pflegekammer zeigen deutlich, dass viele Pflegekräfte sich nicht ausreichend informiert und beteiligt fühlen. Wir haben von Beginn an unsere Position in der Sache klar gemacht: Die SPD fordert nunmehr seit fünf Jahren eine Urabstimmung, damit die Pflegekammer von den Betroffenen selbst demokratisch legitimiert ist und akzeptiert wird. Eine Pflegekammer kann nur funktionieren, wenn sie auf Akzeptanz unter den Betroffenen trifft. Deswegen haben wir im Zuge der massiven Proteste in den letzten Wochen erneut gefordert, eine Urabstimmung aller Pflegekräfte in NRW durchzuführen, um wirklich zu wissen, ob die Beschäftigten eine Pflegekammer wollen – oder nicht. Es braucht jetzt dringend ein demokratisch legitimiertes Ergebnis einer Urabstimmung, um die Auseinandersetzung um die Pflegekammer wieder zu versachlichen und eine tiefe Spaltung in der Pflege zu verhindern. Solange es keine Urabstimmung über eine Pflegekammer in NRW gibt, lehnen wir die Errichtung ab!	Nein
FDP	Wir haben die Errichtung der Pflegekammer auf Grundlage des Ergebnisses der Befragung von beruflich Pflegenden auf den Weg gebracht. Mit ihrer Konstituierung wird die Pflegekammer zu einem wichtigen Ansprechpartner auf Augenhöhe mit den anderen Heilberufskammern und z. B. regelmäßig bei Gesetzgebungsverfahren beteiligt.	Ja
GRÜNE	Zurzeit bauen engagierte Fachkräfte die Pflegekammer NRW auf. Bald finden auch dort Wahlen statt. Wir werden den Dialog zwischen Pflegekammer, Gewerkschaften, Verbänden und anderen Berufskammern unterstützen, um gemeinsam für bessere Rahmenbedingungen im Gesundheitswesen zu sorgen.	Ja

Frage 6	Unterstützen Sie ein Einstiegsgehalt von 4.000 EURO brutto für Pflegefachpersonen, um mehr Menschen für den Pflegeberuf zu gewinnen und langfristig zu halten?	Zustimmung zu 6? (JA, NEIN, TEILS/TEILS, keine Antwort)
CDU	Wir wollen gesetzlich regeln, dass die Kostenträger Tarifverträge refinanzieren müssen. Ziel ist es die Arbeitsbedingungen in der Pflege deutlich zu verbessern.	Nein
SPD	Wir wollen eine angemessene Entlohnung, bessere Aufstiegschancen und Möglichkeiten zur Weiterbildung, um mehr Menschen für den Pflegeberuf zu gewinnen. Alle Maßnahmen zur Fachkräftesicherung im Bereich der Altenpflege werden nur dann nachhaltig erfolgreich sein, wenn die Arbeitgeber in den Wohlfahrtsverbänden und der privaten Anbieter im Sinne einer funktionierenden Sozialpartnerschaft gemeinsam mit den Gewerkschaften das Thema anpacken und für attraktive Arbeitsbedingungen und Bezahlung sorgen.	Teils-Teils
FDP	Pflegekräfte verdienen es, dass sie leistungsgerechte Vergütungen erhalten. Wir stehen aber zur Tarifautonomie und zur Verantwortung der Sozialpartner bei Fragen der Vergütung. Insofern halten wir politische Vorgaben zu Gehältern nicht für sinnvoll. Zudem sind für die Attraktivität des Pflegeberufs nach unserer Erkenntnis gute Arbeitsbedingungen entscheidender als die Höhe der Vergütung.	Nein
GRÜNE	Ein angemessenes Gehalt ist ein wichtiger Baustein, um Fachkräfte zu gewinnen und zu halten. Die Forderung ist deshalb plausibel. In Gehaltsfragen sehen wir zunächst die Tarifpartner in der Pflicht.	Teils-Teils

Frage 7	Wird Ihre Partei die Umsetzung der gesetzlich vorgeschriebenen Praxisanleitung in der Pflegeberufsqualifikation kontrollieren?	Zustimmung? (JA, NEIN, TEILS/TEILS, keine Antwort)
CDU	Die Kontrolle seitens einer Partei ist nicht möglich. Wir setzen uns daher für entsprechende gesetzliche Regelungen ein.	Ja
SPD	Eine der wesentlichen neuen Regelungen des Pflegeberufgesetzes und der hierzu erlassenen Ausbildungs- und Prüfungsverordnung stellt die Praxisanleitung dar. Erstmals wird die konkret zu leistende Anleitungszeit definiert. Ebenso wird neben den Angaben zu den Voraussetzungen zur Befähigung als Praxisanleitung auch eine Fortbildungsverpflichtung normiert. Zuständige Behörde für den Nachweis der Weiterbildung Praxisanleitung und für die Nachweise von mindestens 24 Stunden Fortbildung pro Jahr ist die jeweils zuständige Bezirksregierung. Zuständig ist die Bezirksregierung, in deren Gebiet die Einrichtung liegt, bei der die Praxisanleitung tätig ist oder tätig sein möchte. Von daher ist der Kontrollauftrag klar geregelt.	Ja
FDP	Wir setzen uns für eine Weiterentwicklung der Pflegeausbildung ein. Wir wollen mehr digitale Inhalte, eine Stärkung der pflegerischen Kompetenzen und eine leistungsgerechte Durchlässigkeit in Pflegeberufen. Die Umsetzung von gesetzlichen Vorgaben wie bei der Praxisanleitung ist durch die entsprechenden Aufsichtsbehörden zu kontrollieren.	Ja
GRÜNE	Wir bauen die Zahl der Ausbildungsplätze für Fach- und Assistenzkräfte weiter aus. In NRW verbessern wir die Pflegeausbildung auch dadurch, dass mehr Lehrkräfte die Auszubildenden unterrichten und die Praxisanleitungen in den Betrieben gestärkt werden.	Ja

Frage 8	Unterstützen Sie die Forderung des DBfK, den Anteil der hochschulischen Ausbildungsquoten durch zusätzliche pflegebezogene Studienplätze und Studiengänge an Hochschulen und Universitäten auf mindestens 30% zu erhöhen?	Zustimmung? (JA, NEIN, TEILS/TEILS, keine Antwort)
CDU	Die hochschulischen Ausbildungsquoten sind zu erhöhen; der Umfang ist jedoch vom konkreten Bedarf der Einrichtungen abhängig und muss mit den beteiligten Akteuren diskutiert werden.	Teils-Teils
SPD	Wir halten die Zielgröße von 30% für hochschulische Ausbildungsquoten für Pflegefachkräfte für sinnvoll. Die Einrichtung von zusätzlichen pflegebezogenen Studiengängen und Studienplätzen kann aufgrund des hohen Autonomiegrades der Hochschulen in NRW nur in gemeinsamer Verantwortung gelingen. Zu dieser Verantwortung bekennen wir uns.	Ja
FDP	Wir wollen die primärqualifizierenden Studiengänge im Bereich der Pflegewissenschaft flächendeckend ausbauen. Das Land baut bereits die Kapazitäten im Bereich Pflegepädagogik aus und fördert dies mit zusätzlichen Haushaltsmitteln. Das Angebot in der beruflichen Ausbildung wollen wir aber ebenfalls ausbauen. Zudem stehen wir auch zur Autonomie der Hochschulen bei der Gestaltung ihrer Studienangebote. Insofern bleibt das künftige Verhältnis zwischen beruflicher und akademischer Ausbildung abzuwarten. Starre Quoten wollen wir nicht vorgeben.	Teils-Teils
GRÜNE	Gemeinsam mit dem Bund setzen wir auf die weitere Akademisierung in der Pflege, die mit einer echten Übertragung von Aufgaben einhergehen muss. Dazu brauchen wir auch die entsprechenden Kapazitäten an den Hochschulen. Wir wollen mit allen Akteuren einen Dialog führen, unter anderem, um den Bedarf genauer zu ermitteln.	Teils-Teils